



## BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



### Berliner Einblicke #48

Anfang Februar 2017



#### Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Dieser Newsletter erreicht Sie ungewöhnlich spät, beinahe eineinhalb Wochen nach der vergangenen Sitzungswoche. Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Es ist Winter und damit Erkältungszeit. Zwischenzeitlich fielen drei meiner vier Berliner Mitarbeiter aus. Da sieht man erst, wie viel Arbeit anfällt – und im schlimmsten Fall eben auch ein wenig liegenbleibt. Vor diesem Hintergrund wünsche ich Ihnen an dieser Stelle zunächst einmal: Kommen Sie gut und vor allem gesund durch die verbleibenden, nasskalten Tage und Wochen!

Meine letzten Berliner Einblicke im Dezember 2016 waren gezeichnet vom Terroranschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt. Der Schock sitzt vielen von uns noch immer in den Knochen und zu Recht fragen vielleicht auch Sie sich, was getan wurde und noch getan werden muss, um uns vor weiterem Terror noch besser zu schützen. Wir haben dies zum Anlass genommen, uns dem Thema „Innere Sicherheit“ in dieser Ausgabe noch einmal intensiv im NAHBLICK zu widmen und ich kann hier schon sagen: Die Union hat wichtige Maßnahmen bereits in die Wege geleitet!

US-Präsident Donald Trump versucht die Sicherheit seiner Landsleute zu verbessern, indem er einen vorübergehenden Einreisestopp für Menschen aus sieben mehrheitlich muslimischen Ländern verhängte und christliche Flüchtlinge bevorzugen will. Was ich dazu im Namen des Stephanuskreises gesagt habe, konnten Sie vergangene Woche in der Presse lesen – oder heute hier im RUNDBLICK.

Im SEITENBLICK häufen sich diesmal die Themen geradezu: Von der Umsetzung der EU-Vorgaben zum Insolvenzrecht, über die kompliziert klingende CSR-Richtlinie, faire Produktionsbedingungen in der Textilbranche bis hin zum drohenden Aus für die Postfiliale in Köln-Braunsfeld ist für jeden etwas dabei.

Diese Themenfülle zeigt: Die ganz konkrete politische Arbeit ist auch in diesem bedeutenden Wahljahr 2017 noch in vollem Gange. Natürlich bereiten wir uns jetzt auf den Wahlkampf mit Angela Merkel an der Spitze vor, an dessen Ende CDU und CSU wieder die Regierung stellen wollen. Und selbstverständlich nimmt dieser Wettlauf um die demokratische Mehrheit jetzt Fahrt auf, wo klar ist, dass die SPD Martin Schulz gegen unsere erfahrene Kanzlerin ins Rennen schickt. Aber: Bis zum Sommer haben wir noch jede Menge zu tun und wir wollen noch die Gesetzesarbeit für diese Wahlperiode zum Abschluss bringen. Für reinen Wahlkampf ist jetzt noch nicht die Zeit!

Ihr



Heribert Hirte

---

## NAHBLICK

### Das Thema

---



### Sicherheit in Freiheit

#### Was die Union für die innere Sicherheit tut

Spätestens seit dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 fragen sich viele, was getan werden muss, um Deutschland vor weiteren Attentaten zu schützen. Auch Heribert Hirte erreichten in den vergangenen Monaten immer wieder besorgte Briefe und Emails, in denen Fragen zur inneren Sicherheit laut wurden – auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass terroristische Organisationen wie der sogenannte „Islamische Staat“ offenbar die große Flüchtlingswelle des vergangenen Jahres genutzt haben, um Attentäter nach Europa zu schleusen. Heribert Hirte kann die Sorgen und Ängste, die dadurch entstehen, nachvollziehen und betont in einem seiner Antwortbriefe an einen Bürger: „Es wäre ein großer Fehler, wenn die Politik ihren Bürgern nicht zuhören würde. Fragen immer wieder neu zu stellen, ist ein unbestrittener Teil unserer politischen Verantwortung und Sie als politisch engagierter und interessierter Bürger haben – genauso wie jede oder jeder andere – selbstverständlich das Recht, ja sogar die Pflicht dazu.“ Hirte ruft eindringlich dazu auf, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen: „Nicht jeder Hinweis auf Probleme und Ängste bei der Umsetzung der ungeheuren Aufgabe, vor die uns diese große Flüchtlingskrise stellt, ist gleichzusetzen mit rechtem, ja, nationalsozialistischem Denken. Im Gegenteil.“

Viele Sorgen seien berechtigt, auch wenn Heribert Hirte – auch aus der Erfahrung als Wissenschaftler heraus – dazu rät, die Quellen, aus denen man seine Thesen zieht, immer kritisch unter die Lupe zu nehmen: „Ich möchte alle Internetnutzer eindringlich bitten, genau hinzuschauen und die Verbreitung von sogenannten ´Fakenews´ oder das, was einige ´alternative Fakten´ nennen möglichst weit einzudämmen – auch, um selbst glaubwürdig zu sein.“

Hirte nennt einige Beispiele und fängt ganz von vorne an, bei der **Zahl der Zuwanderer. Wird sie kleingeredet?** „Das Gegenteil ist der Fall. Laut einer neueren Studie des britischen Meinungsforschungsinstitut Ipsos schätzten die Deutschen die Zahl der Muslime viermal höher ein als sie tatsächlich ist. Laut dem Bundesinnenministerium lag der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung zum Jahresbeginn zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. Tatsächlich ist der Anteil in den vergangenen Jahren stark angestiegen und er wird sich voraussichtlich weiter erhöhen, aber das wird keineswegs verschwiegen. Nach einer Projektion des renommierten US-amerikanischen Forschungsinstituts Pew Research Center wird bis 2030 ein Anstieg auf 6,9 Prozent erwartet (die befragten Deutschen gehen von einem Anstieg auf 31 Prozent aus). Für das Jahr 2070 erwarten die Forscher einen muslimischen Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund zehn Prozent.“ (Auch nachzulesen auf [welt.de](http://welt.de))

**„Müssen nur die Einheimischen Flüchtlinge aktiv in die Gesellschaft integrieren?“** Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Integrationsgesetz verabschiedet, das seit August 2016 in Kraft ist. Dort werden Asylbewerbern klare Pflichten auferlegt, deren Nichterfüllung Kürzungen der Sozialleistungen zur Folge haben, das Leitmotiv ist „Fördern und Fordern“. Denn nur so kann Integration gelingen, davon bin ich überzeugt. Auch die Anerkennung unserer Werte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder die Gleichstellung von Mann und Frau müssen von denjenigen, die zu uns kommen, eingehalten werden. Das müssen wir klar einfordern! ([Integrationsgesetz](#))

**„Wird geleugnet, dass die Kriminalität durch die Zuwanderung von Flüchtlingen steigt und ist das überhaupt so?“** Nicht zuletzt nach dem furchtbaren Verbrechen an einer Freiburger Studentin etwa, wurde wieder ausführlich und durchaus kritisch in allen Medien über den Zusammenhang von Zuwanderung und Kriminalität berichtet. Die jüngste Auswertung des Bundeskriminalamtes (BKA) aber legt nahe: Zuwanderer sind nicht krimineller als Deutsche. Zwar wurden Flüchtlinge im untersuchten Zeitraum des BKA laut der Statistik häufiger straffällig als die durchschnittliche Gesamtbevölkerung, allerdings seien die zwei Gruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebensumstände nur sehr schwer vergleichbar, wie dieser [Artikel](#) in der Bild am Sonntag nahelegt. Dass die Ängste und Sorgen der deutschen Bürger gestiegen sind, müssen wir Politiker zur Kenntnis nehmen und entsprechend reagieren. Das Thema innere Sicherheit muss wieder ganz oben auf die Tagesordnung, dafür werden CDU und CSU sorgen. [Hier](#) ein ausführlicher Bericht z.B. der Stuttgarter Zeitung; die Auswertung des BKA finden Sie [hier](#).

**Tatsächlich hat die Union bereits wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit auf den Weg gebracht, denen nun auch der Koalitionspartner zugestimmt hat.** So sollen abgelehnte Asylbewerber künftig leichter inhaftiert werden können, wenn von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Zudem soll für diesen Personenkreis die Überwachung mit einer **elektronischen Fußfessel** auch ohne strafrechtliche Verurteilung möglich werden. Allerdings müssen auch die einzelnen Bundesländer diese Neuregelung in ihren Polizeigesetzen einführen, da die allermeisten ´Gefährder´ durch die Länder überwacht werden und nicht durch den Bund.

Dazu fordert die CDU-Landesgruppe NRW: „In Zeiten hochmobiler Gefährder und grenzübergreifender organisierter Kriminalität muss auch in Bremen, Berlin und insbesondere Nordrhein-Westfalen die Schleierfahndung ermöglicht werden. Außerdem wollen wir **Schleierfahndung** für die Bundespolizei über den 30-Kilometer-Grenzraum hinaus ausdehnen.“ Zudem soll es künftig möglich sein, eine **Abschiebehaft** auch dann zu verhängen, wenn zu erwarten ist, dass eine Abschiebung wegen fehlender Dokumente länger als drei Monate dauern wird. Für Asylbewerber, die falsche Angaben zu ihrer Identität machen, ist eine Residenzpflicht, also eine **verschärfte Wohnsitzauflage**, geplant. Aber auch hier ist der Bund auf die Unterstützung der Landesregierungen angewiesen. SPD, Grüne und Linke müssen in diesem Zusammenhang im Bundesrat den Weg für die Anerkennung von **Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten** endlich frei machen. Dies würde die Verfahren beschleunigen, brächte eine verschärfte Residenz- und Meldepflicht für Asylbewerber aus den betroffenen Staaten mit sich und würde in der Folge die Zugangszahlen aus Nordafrika senken.

Neben diesen Vereinbarungen der Regierungskoalition wurden bereits zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit von der Union durchgesetzt: So erhalten Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz bis zum Jahr 2020 **rund 10.000 neue Stellen**. Bei der Bundespolizei gibt es eine neue Anti-Terror-Einheit, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll. Der Kampf gegen den islamistischen Terror wurde auch durch andere Maßnahmen verstärkt. So sind **jetzt Reisen strafbar**, die mit der Absicht unternommen werden, eine terroristische Gruppe wie etwa den ´Islamischen Staat´ zu unterstützen. Mutmaßlichen Dschihadisten können Pass und Ausweis entzogen werden.

Ein kurzes Video zu den vorgesehenen Maßnahmen hat die CDU auf [YouTube](#) veröffentlicht. Nun müssen diese Beschlüsse der Koalition natürlich zügig umgesetzt werden. Nach einer Entscheidung des Bundeskabinetts wird sich das Parlament damit befassen können. Für die CDU/CSU-Fraktion steht jetzt schon fest: Sie wird diesem vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog in vollem Umfang zustimmen.

---

## SEITENBLICK

### Kurz informiert

---



#### Reden im Plenum

##### **Kleidung soll fair produziert werden**

Das wünscht sich die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ und hat im Plenum des Deutschen Bundestages vorgeschlagen, eine EU-Richtlinie für Transparenz- und Sorgfaltspflichten in der Textilproduktion einzuführen. Auch die Unionsfraktion im Bundestag ist für faire Bedingungen in der Kleidungsbranche, glaubt aber, dass mehr bürokratische Verordnungen der falsche Weg sind. Nicht der Staat, sondern der Markt und der aufgeklärte Verbraucher sollten den Textilhandel zu besseren Bedingungen bei der Produktion zwingen.

Was die Grünen hier schaffen wollen, ist nicht soziale Gerechtigkeit, sondern ein neues Betätigungsfeld für Unternehmensberater und Werbeagenturen. Davon hätten die Menschen in Bangladesch nichts. Die Mehrkosten würden dann hier in Deutschland entstehen und mehr Bürokratie schaffen – so die Meinung Heribert Hirtes, die er in seiner [Rede im Plenum](#) kundtat. Wer lieber liest, findet [hier](#) das Protokoll (ab S. 96).

Dort ab Seite 145 nachzulesen ist übrigens auch ein Beitrag von Heribert Hirte zur gesetzlichen Umsetzung **der EU-Vorgaben von Insolvenzverfahren**. In dem Text hebt der CDU-Experte auf diesem Themengebiet vor allem die besondere Rolle von Start-Ups hervor, für die man weitere Erleichterungen erwägen sollte. Die Rede wurde ausschließlich „zu Protokoll“ gegeben, sprich Heribert Hirte hat sie im Plenum nicht mündlich vorgetragen.

**Ab 2017 sind große Unternehmen in der EU verpflichtet**, über die sozialen und ökologischen Aspekte ihres Wirtschaftens zu informieren. Fachleute nennen es CSR (Corporate Social Responsibility), Bundespolitiker haben in den letzten Monaten viel darüber diskutiert und Sie können in diesem [Artikel](#) des „Rats für nachhaltige Entwicklung“ nun ganz wunderbar nachvollziehen, was genau es mit diesem neuen Gesetz auf sich hat. Die Lektüre lohnt sich nicht nur für Unternehmer!

**Wie gestalten wir das Wahljahr 2017 fair?** Diese Frage stellt sich besonders in Hinblick auf den gegenseitigen Umgang in den sozialen Netzwerken. Deshalb beschäftigt sich die Politik nun besonders mit dem Thema. Unions-Fraktionschef Volker Kauder hat sich nach eigenen Angaben mit Bundesjustizminister Heiko Maas auf eine Gesetzesinitiative verständigt, um soziale Medien wie Facebook und Twitter zu verpflichten, innerhalb von 24 Stunden auf eine Beschwerde von Betroffenen zu reagieren; sonst drohe ihnen ein Bußgeld. Im Januar fand zu dem Thema eine [Fachkonferenz der Unionsfraktion](#) in Berlin statt. Als aktiver Nutzer von Facebook und Twitter wurde Heribert Hirte in den vergangenen Wochen immer wieder nach seinen Erfahrungen gefragt, unter anderem auch von dem Informationsmedium Bloomberg. Hier die deutsche Version des [Artikels](#).

### **So kommen Schulklassen und Vereine nach Berlin**

Ihre Schulklasse oder Ihr Verein plant eine Reise nach Berlin? Der Deutsche Bundestag gibt Gruppen ab zehn Personen einen Zuschuss zu den Fahrtkosten! Der Besuch des Reichstagsgebäudes samt einem interessanten Vortrag über Aufgaben, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Deutschen Bundestages sind kostenlos – und sie treffen nicht nur Heribert Hirte persönlich, sondern lernen auch noch sein Berliner Team kennen. Einzige Bedingung: Die Teilnehmer sind mindestens 15 Jahre alt bzw. schon in der 9. Jahrgangsstufe.

[Mehr Informationen](#) gibt es per Mail von Heribert Hirtes Kölner Mitarbeiter Johannes Schmitz (Email: [heribert.hirte.ma07@bundestag.de](mailto:heribert.hirte.ma07@bundestag.de)) Einfach anschreiben. Schnelligkeit wird belohnt: Das Kontingent ist begrenzt!

### **Aus für Postamt in Braunsfeld verhindern!**

Die Postbank schließt im Mai ihr Finanzcenter. Damit sollen auch die Postdienste auf der Aachener Straße in Köln-Braunsfeld wegfallen. Gerade die Geschäftsleute in dem lebhaften Viertel sind aber darauf angewiesen, ihre Briefe und Pakete auf kurzem Wege „an die Post“ zu bringen. Deshalb bemüht sich Heribert Hirte zusammen mit der Interessengemeinschaft Braunsfeld e.V. intensiv um eine Lösung. Momentan sieht es so aus, als ob zumindest eine Postfiliale im Veedel gehalten werden kann. Wir halten Sie weiter auf dem Laufenden.



### Der Stephanuskreis in den Medien:

Der [USA Newsblog des Tagesspiegel](#) berichtete am 1. Februar von meiner Warnung, dass eine explizite Bevorzugung christlicher Flüchtlinge diese in ihren Herkunftsländern weiter unter Druck setzen könnte. Die Meldung geht zurück auf einen [Brief](#) an den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Darin bitte ich ihn im Namen des Stephanuskreises, seine Entscheidung über die Bevorzugung von Christen noch einmal zu überdenken, um diese vor Angriffen in den Herkunftstaaten zu schützen – im Sinne der Religionsfreiheit und des friedlichen Zusammenlebens der Völker. Auch das [christliche Medienmagazin pro](#) berichtete und der EU-Sondergesandte für Religionsfreiheit, Jan Figel, antwortete auf die Meldung des Stephanuskreises umgehend auf Twitter: „Leider muss ich dem zustimmen. Das hat Nachteile für beide Seiten: für verfolgte Christen ebenso wie für die USA als Ganzes, weil dadurch erneut ein US-feindliches Klima geschürt wird.“

„**Die Verfolgung der Christen weltweit** hat nach Darstellung der international agierenden evangelikalen Organisation Open Doors erneut stark zugenommen“, schreibt die B.Z. und berichtet im Zusammenhang mit dem jüngsten Weltverfolgungsindex auch über die Reaktion des Stephanuskreises: „Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewertet den aktuellen Bericht als besorgniserregend.“ Den gesamten B.Z.-Artikel lesen Sie [hier](#) online.

**Im Gespräch mit dem Domradio** hatte Heribert Hirte aber zur Vorsicht beim Umgang mit der konkreten Zahl der weltweit verfolgten Christen angemahnt. Open Doors spricht seit der jüngsten Veröffentlichung nicht mehr von einer, sondern von zwei Millionen Betroffenen. Diese Zahl sei durchaus umstritten, so der Vorsitzende des Stephanuskreises. Weder die Evangelische noch die Katholische Kirche führe beispielsweise solche Erhebungen durch und nenne Zahlen. „Aber die Indikatoren, die wir aus der ganzen Welt erhalten, und die sich auch mit den Rückmeldungen bei uns decken, sprechen dafür, dass die Verfolgung von Christen zunimmt. Lesen Sie den ausführlichen Bericht auf [Domradio.de](#).

Das [christliche Medienmagazin pro](#) zitierte Heribert Hirte auf Twitter und Facebook mit den Worten: „Wir müssen diese Verfolgung von Christen noch ernster nehmen. Keine Nation darf ihren Bürgern den Glauben diktieren. Erst recht nicht, wenn es laut Verfassung eine säkulare und pluralistische Demokratie ist.“

Die katholische Zeitung, Die [Tagespost](#), schreibt: „Hirte warb dafür, sich die Maxime des katholischen Geistlichen Jacques Mourad zu eigen zu machen, der vor knapp einem Monat im Stephanuskreis zu Gast war: (...) Der Weg zum Frieden führt nur über den Dialog.“

**Einen guten Überblick über die unterschiedlichen Meinungen** zum Weltverfolgungsindex von Open Doors lieferte die Deutsche Presse Agentur (dpa). [t-online.de](#) hat den Bericht veröffentlicht.

### Wie gut ist die jüngste Insolvenzrechtsreform?

Die Süddeutsche Zeitung kritisiert in einem [Artikel](#) vom 12. Januar die jüngste Änderung der Insolvenzordnung, die Anfang Dezember vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Die Zeitung zitiert darin unter anderem die Kritik der rechtspolitischen Sprecherin der Grünen, Katja Keul, die behauptet, das Gesetzgebungsverfahren sei ein „Musterbeispiel dafür, wie sich die Interessen der Finanzindustrie einen Weg bahnen.“



Politische Neujahrsempfänge sind normalerweise ein dröges Geschäft. In Köln ist das anders. Da kommt das Rodenkirchener Dreigestirn ins dortige Rathaus und schon klatscht der ganze Saal. Ein Beweisvideo gibt es auf meiner [Facebook-Seite](#). Was für Nicht-Kölner befremdlich erscheinen mag, gehört für uns einfach dazu, es ist guter Brauch und Sitte. Worum es beim Neujahrsempfang in Rodenkirchen inhaltlich ging, kann man im [Kölner Stadt-Anzeiger](#) nachlesen.

Dem hat Heribert Hirte (nicht nur, aber auch) in der Debatte im Plenum widersprochen. Er verwies in seiner Rede darauf, dass die bis dahin gültige Version des Gesetzes unter einer rot-grünen Regierung zustande kam und der Bundesgerichtshof darin Fehler feststellte. Wörtlich sagte der Insolvenzrechts-Experte an die Grünen-Politikerin gerichtet: „Wir korrigieren Ihre Fehler, und Sie sagen jetzt, wir schützten die Banklobby. Ich halte das für daneben“ – natürlich nicht ohne sich auch inhaltlich mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen. Nachzulesen ist das ganze Protokoll [hier](#).

---

## QUERBLICK

### Das Zitat



*„Freiheit braucht Sicherheit, wenn sie verlässlich sein soll. Und Sicherheit braucht Freiheit, wenn sie nicht zur Repression verkommen soll.“*

**Das sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert** am 19. Januar 2017 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages an die Opfer des Anschlages vom Breitscheidplatz und ergänzte: *„Es ist gerade die Stärke unserer herausgeforderten Demokratie, dass wir als Gesellschaft darum ringen, wie wir die schwierige Balance zwischen Sicherheitsanspruch und Freiheitsversprechen halten wollen. Dass darüber intensiv zwischen den Parteien, übrigens auch in den Parteien, gestritten wird, muss auch in einem Wahljahr möglich sein. Die notwendige Auseinandersetzung darf aber nicht auf Kosten von Menschen erfolgen, die ihrer Herkunft oder Religion wegen in Sippenhaft genommen werden für die terroristische Gewalt, vor der sie vielfach selbst geflohen sind.“*

(Die gesamte Rede ist [hier](#) ab Seite 9 nachzulesen.)

---

## WEITBLICK

### Die Termine



#### Mittwoch 8. Februar

Die Kölner Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat Heribert Hirte zu sich eingeladen anlässlich eines Vortrags ihres Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann. Thema: „Deutschland im Superwahljahr 2017 – Quo vadis“.

Am Abend ist Heribert Hirte dann eingeladen vor Studenten zu sprechen. Thema: „Wahlen 2017 – welche Themen bewegen die Menschen und welche sollten uns bewegen“

#### Samstag & Sonntag, 11. & 12. Februar

Das Wochenende steht ganz im Zeichen der Bundesversammlung in Berlin zur Wahl des neuen Bundespräsidenten von Deutschland: Am Samstagnachmittag treffen sich die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Ihrer Sitzung mit dem Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Frank-Walter Steinmeier.

**Der Sonntag startet um 9 Uhr auf Einladung der Kirchen** mit einer ökumenischen Morgenandacht in der St. Hedwigs-Kathedrale. Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck wird dann um 12 Uhr den ersten Wahlgang der Bundesversammlung mit einer Rede im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes einleiten.

---

## KONTAKT



### Anschrift

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830  
Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln  
Aachener Straße 227  
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762  
Telefax: 0221 / 589-86765

### Email

[heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

---

Copyright © 2016 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:  
Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:  
[www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de)

---

**Impressum - Datenschutz**